

FRITZ SCHEBECK
ANDREA WEBER

ÖSTERREICHS WIRTSCHAFT VORBEREITET FÜR DIE TEILNAHME AN DER WWU

MITTELFRISTIGE PROGNOSE DER ÖSTERREICHISCHEN WIRTSCHAFT BIS ZUM JAHR 2002

Die gestärkte außenwirtschaftliche Wettbewerbsposition und eine lebhaftere Inlandsnachfrage werden sich in den kommenden Jahren positiv auf Österreichs Wirtschaftsentwicklung auswirken. Unter der Annahme einer nur vorübergehenden Beeinträchtigung durch die internationale Finanzkrise und einer Fortsetzung der Konsolidierungspolitik der öffentlichen Haushalte wird das österreichische BIP im Zeitraum 1997/2002 um 2¾% pro Jahr zunehmen und damit das Wirtschaftswachstum im EU-Durchschnitt leicht übertreffen.

Die Vorschau auf die Wirtschaftsentwicklung bis 2002 wird durch eine Reihe von Umständen außerordentlich erschwert. Neben den aktuellen Entwicklungen spielen dabei auch die zahlreichen Strukturbrüche in den neunziger Jahren eine

AUSGANGSÜBERLEGUNGEN

Rolle, die besonders in Europa durch die Integrationsschritte und die Ostöffnung verursacht wurden. Daher sind die Parameter für Modellrechnungen, deren Erfahrungsbasis auf die Zeit vor den Brüchen zurückreicht, mit erhöhter Vorsicht einzuschätzen.

Die wichtigsten aktuellen Risikobereiche der mittelfristigen Prognose sind:

- der Übergang zur Wirtschafts- und Währungsunion 1999,
- Konflikte zwischen Stabilitäts- und Beschäftigungspolitik,
- die Krise der „Emerging Markets“,
- das Anhalten der zügigen Wachstumsdynamik in den Transformationsländern,
- Strukturanpassungen in der österreichischen Wirtschaft.

Den Abschnitt „Ausgangsüberlegungen“ verfaßte Helmut Kramer. Die Autoren danken Norbert Geldner, Alois Guger, Gerhard Lehner, Markus Marterbauer, Ewald Walterskirchen und Michael Wüger für wertvolle Anregungen und Hinweise. Aufbereitung und Analyse der Daten erfolgten mit Unterstützung von Christine Kaufmann.

ÜBERGANG ZUR WIRTSCHAFTS- UND WÄHRUNGSUNION 1999

1999 wird im Rahmen der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion die gemeinsame Währung Euro eingeführt. Österreich nimmt an diesem Projekt von Anfang an teil. Die Vorbereitungen auf diesen Zeitpunkt verliefen im wesentlichen plangemäß. Als historisches Projekt ohne Vorbild bestehen dennoch unvermeidlich Unsicherheiten über das erfolgreiche Funktionieren der Währungsunion und über ihre Stellung in der Weltwirtschaft.

Insbesondere die Koordination der zentralisierten Geldpolitik mit den zumindest formell in nationaler Autonomie verbliebenen wirtschaftspolitischen Aktionsfeldern (Budgetpolitik, Einkommenspolitik) wird möglicherweise erst aufgrund von Erfahrungen und allenfalls institutionellen Reformen optimiert werden.

Auch das Verhältnis des Euro zur bisher einzigen bedeutenden Weltreservewährung, dem US-Dollar, ist sehr schwer zu prognostizieren. Die jüngste Schwäche des Dollars deutet u. a. darauf hin, daß Anleger und Drittland-Notenbanken Reserven zugunsten des Euro umschichten. Eine plausible Hypothese ist, daß auf mittlere Sicht weder die Geldbehörde der USA noch die Europas an einem allzu starken Abwertungsprozeß Interesse haben können.

KONFLIKTE ZWISCHEN STABILITÄTS- UND BESCHÄFTIGUNGSPOLITIK

Eine wahrscheinlich die erste Zeit der WWU prägende Problematik ist die Möglichkeit eines Konflikts zwischen Geldpolitik und den budgetären Erfordernissen der Beschäftigungspolitik. Ein allenfalls kräftigerer Konjunkturrückschlag in den nächsten Jahren würde sehr bald die Einhaltung des Defizitlimits aus dem Stabilitäts- und Wachstumspakt in Frage stellen. Die neue Europäische Zentralbank wird zudem kaum zu einer automatischen Akkomodierung expansiver Budget- oder Einkommenspolitik neigen. Daraus könnte allenfalls eine kräftigere oder hartnäckigere gesamtwirtschaftliche Nachfrage- dämpfung in Europa resultieren. In der vorliegenden mittelfristigen Prognose nimmt das WIFO hingegen an, daß das Zusammenspiel ohne größere Friktionen gelingt.

Andererseits sieht der Stabilitäts- und Wachstumspakt vor, daß die Länder des Euro-Raums ihre öffentlichen Haushalte mittelfristig weiter konsolidieren, bis annähernd ein Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben erreicht ist. Die Budgetkonsolidierung in Westeuropa hatte bis 1997 keine sehr gravierenden Auswirkungen für die gesamtwirtschaftliche Nachfrage, teilweise weil sie durch verminderte Sparneigung ausgeglichen wurde, teilweise weil das sinkende Zinsniveau die Konsolidierung erleichterte. Freilich wurde sie in einigen Fällen

(z. B. Schweden) auch durch Abwertungen abgefedert. Das WIFO nimmt an, daß weiterhin Fortschritte in der Konsolidierung erzielt werden können, ohne die Gesamtnachfrage stärker zu dämpfen. Dies kann vor allem durch Strukturverbesserungen der Angebotsseite und der öffentlichen Dienste erklärt werden.

DIE KRISE DER „EMERGING MARKETS“

Die 1997 in Asien ausgebrochene Krise hat direkt einige andere Emerging Markets (Rußland, Brasilien) und indirekt auch die Industriestaaten in Nordamerika und Westeuropa in Mitleidenschaft gezogen. Japan geriet in eine anhaltende Rezession, die sich zuletzt noch verschärft hat. Die Überwindung der Krise in den hauptbetroffenen Ländern ist zwar angebahnt, doch dürften strukturelle Fehlentwicklungen nur sehr langsam überwunden werden können. Die Folgen für die Konjunktur in Europa sind derzeit nur sehr schwer einzuschätzen. Das WIFO nimmt an, daß die Nachfragedämpfung spätestens ab 2000 ausgeglichen wird und sich in Europa der mittelfristige Wachstumstrend wieder durchsetzt.

FORTSETZUNG DER ZÜGIGEN WACHSTUMSDYNAMIK IN DEN TRANSFORMATIONS- LÄNDERN

Die meisten Transformationsländer in Ost-Mitteuropa haben vor zwei bis drei Jahren den durch die Systemänderung bedingten schweren Rückschlag überwunden und sind in einen zügigen Wachstumsprozeß eingetreten. Dieser erscheint allerdings angesichts der nach wie vor nicht sehr gefestigten Strukturen ziemlich fragil. Er würde vor allem von einer Konjunkturschwäche in der EU stark beeinträchtigt, doch strahlten auch die Ereignisse in Rußland auf die Finanzebene dieser Länder negativ aus. Auch Rückschläge im Integrationsprozeß und in den Beitrittsverhandlungen mit der EU könnten den weiteren Fortschritt in Frage stellen.

Im Einklang mit der Wachstumszuversicht für die EU nimmt das WIFO eine solche Entwicklung nicht an, sondern geht von weiterhin überdurchschnittlichen Wachstumsraten aus.

STRUKTURANPASSUNG DER ÖSTERREICHISCHEN WIRTSCHAFT

Bedeutende Segmente der österreichischen Wirtschaft wurden durch den Eintritt in den Binnenmarkt, durch die konsequente Wettbewerbspolitik der EU sowie durch die Ostöffnung einem verstärkten, teilweise einem vollkommen ungewohnten Druck des internationalen Wettbewerbs ausgesetzt. Die österreichische Wirtschaft erlitt zwischen 1995 und 1997 relativ zur gesamten EU Wachstumseinbußen.

Dies ist freilich nicht nur auf die geschilderten Anpassungserfordernisse zurückzuführen, sondern hat auch mit der vorangegangenen Abwertung des Dollars und einer Reihe von europäischen Währungen zu tun.

Zwischen dem Frühjahr 1995 und dem Frühjahr 1998 änderte sich dieser Trend. DM bzw. Schilling werteten gegenüber dem Dollar um rund ein Viertel ab. Dies begünstigte die Strukturanpassung zweifellos und würde eine sehr positive Beurteilung der internationalen Wettbewerbsposition erlauben. Allerdings schwächt sich der Dollar unter dem Einfluß der Finanzkrisen und im Vorfeld der Verwirklichung der europäischen Währungsunion seither wieder ab. Seit 1998 geben die Dollarkurse nach (bis Dezember um etwa 10%). Außerdem haben die Währungen asiatischer Staaten die zum Teil als alternative Produktionsstandorte gegenüber Europa gelten können, dramatisch abgewertet. In der vorliegenden mittelfristigen Prognose nimmt das WIFO an, daß diese Entwicklungen sich nicht signifikant fortsetzen.

Die Währungsunion wird den Wettbewerb im Binnenmarkt noch intensivieren. Neben Branchen, die damit unter Anpassungsdruck geraten, sind auch solche auszumachen, die von diesem Schritt begünstigt werden: Dies betrifft vor allem jene Zweige, die in der Vergangenheit unter den häufigen Abwertungen wichtiger Konkurrenten (Italien, Spanien, Schweden usw.) in ihrer mittelfristigen Entwicklung behindert waren. Der Tourismussektor wird ohne Zweifel profitieren. Das WIFO nimmt daher an, daß einander stimulierende und dämpfende Effekte annähernd ausgleichen werden.

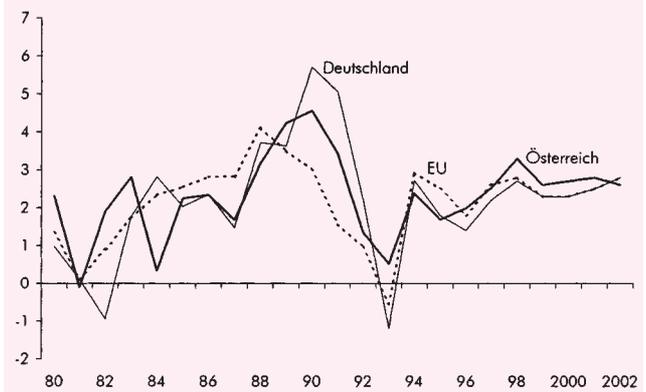
MITTELFRISTIGE PROGNOSE DER ÖSTERREICHISCHEN WIRTSCHAFT

Die mittelfristige Prognose des WIFO geht von der im Oktober 1998 vom ÖSTAT (1998) veröffentlichten Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung 1976 bis 1997 aus. Sie übernimmt für das Jahr 1998 die jüngste WIFO-Konjunkturprognose (Walterskirchen, 1998) und ermittelt auf dieser Basis mit Hilfe des WIFO-Makromodells die Entwicklung der österreichischen Wirtschaft bis zum Jahr 2002. Diesen Berechnungen liegen sowohl die Prognose der Weltwirtschaft von Schulmeister (1998) als auch die geschilderten Annahmen über die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen zugrunde.

Das Wachstum der österreichischen Wirtschaft hat sich seit 1996 beschleunigt. Diese dynamische Entwicklung wird von den Auswirkungen der Turbulenzen auf den internationalen Finanzmärkten vorübergehend unterbrochen. Nach einer mäßigen Verlangsamung 1999 wird die gesamtwirtschaftliche Produktion anschließend wieder kräftiger expandieren. Gestützt auf eine gefestigte Wettbewerbsposition dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt in Österreich im Zeitraum 1997/2002 um 2¾% pro Jahr zunehmen und damit das Wirtschaftswachstum im EU-Durchschnitt (+2½%) etwas übertreffen.

Abbildung 1: Wirtschaftswachstum

Veränderung gegen das Vorjahr in %



Infolge der Produktionsausweitung und unterstützt durch Maßnahmen gemäß dem Nationalen Aktionsplan für Beschäftigung könnten in diesem Zeitraum rund 100.000 Unselbständige zusätzlich beschäftigt werden. Die Arbeitslosenquote dürfte bis 2002 nach traditioneller Definition um etwa 1 Prozentpunkt auf 6,2% der unselbständig Erwerbstätigen zurückgehen.

Da weder von den Importpreisen noch von den Lohnstückkosten im Inland nennenswerte Preisauftriebstendenzen zu erwarten sind und überdies anhaltender Wettbewerbsdruck Preiserhöhungswünsche wirksam eindämmt, wird die Inflation im Prognosezeitraum gering bleiben (1¼% pro Jahr im Durchschnitt).

Ein positiver Beitrag der Außenwirtschaft zum Wachstum und etwas verbesserte Terms of Trade ermöglichen im Laufe der nächsten Jahre eine fühlbare Verringerung des Leistungsbilanzdefizits.

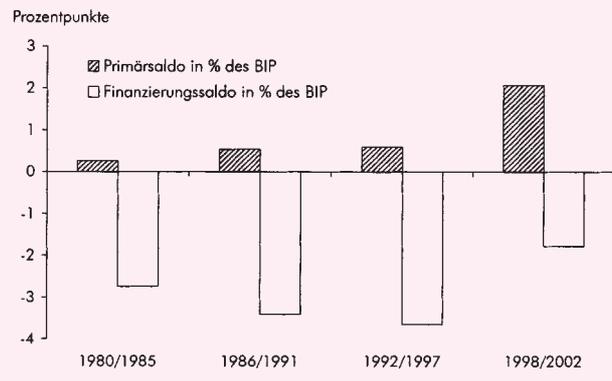
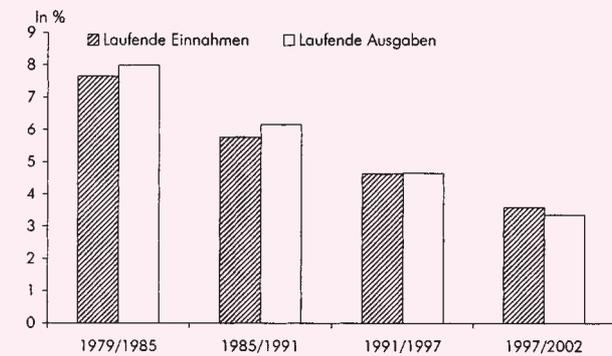
Gemäß der Prognoserechnung schreitet die Konsolidierung des Staatshaushalts – nach einer Atempause bis 1999 – ab dem Jahr 2000 wieder fort. Die Defizitquote strebt gegen 1%, und die Staatsschuldenquote sinkt gegen 60% des BIP. Diese Berechnung berücksichtigt die geplante Steuerreform nicht.

TEILNAHME AN WWU VERÄNDERT WIRTSCHAFTSPOLITISCHE HANDLUNGSSPIELRÄUME

Die Projektion der Entwicklung der internationalen Wirtschaft (Schulmeister, 1998) gibt der Prognose für Österreich wichtige Rahmenbedingungen vor. Der beschleunigte Fortschritt der internationalen Arbeitsteilung – markiert durch Ereignisse wie Ostöffnung, EU-Beitritt, Vorbereitung auf die WWU – erlegt der österreichischen Wirtschaft (den wirtschaftspolitischen Akteuren, den Unternehmen und den Arbeitnehmern sowie den privaten Haushalten) einen fühlbaren Anpassungsdruck auf. Dieser wurde bisher überwiegend erfolgreich bewältigt, ob schon vereinzelt Defizite zu orten sind. Neue Herausfor-

Abbildung 2: Entwicklung des Staatshaushaltes

Durchschnittliche jährliche Veränderung



derungen und entsprechende Reaktionen darauf werden auch in Zukunft verstärkt die Entwicklung der Wirtschaft bestimmen.

Mit der Teilnahme an der WWU, die mit 1. Jänner 1999 in ihre dritte Stufe tritt, verändern sich die wirtschaftspolitischen Handlungsspielräume deutlich. Das WIFO hat sich ausführlich mit den Auswirkungen der WWU befaßt (Baumgartner et al., 1997, Kramer, 1998) und auch den Stabilitäts- und Wachstumspakt bewertet (Url, 1997). Österreich scheint aufgrund der langjährig verfolgten Hartwährungspolitik, der Erfahrungen im Lohnbildungsprozeß und der Konsolidierung des Staatshaushalts gerüstet, um sich in der Euro-Zone gut zu behaupten.

Eine weitere Herausforderung bedeutet für Österreich und die EU die Osterweiterung der Union. Die bilateralen Verhandlungen mit den Beitrittskandidaten haben im November begonnen. Die ersten Beitritte dürften jedoch nicht innerhalb des Prognosezeitraums erfolgen (zur EU-Osterweiterung siehe „Schwerpunkt EU-Osterweiterung“, WIFO-Monatsberichte, 1998, 71(11)).

FORTSETZUNG DER KONSOLIDIERUNGSPOLITIK GEWÄHRLEISTET EINHALTUNG DES STABILITÄTSPAKTES

Mit dem Strukturanpassungsgesetz 1996 („Sparpaket“) ist es gelungen, das Defizit der öffentlichen Haushalte

Übersicht 1: Staatshaushalt

	Ø 1979/ 1985	Ø 1985/ 1991	Ø 1991/ 1997	Ø 1997/ 2002
Jährliche Veränderung in %				
Laufende Einnahmen	+ 7,6	+ 5,8	+ 4,6	+ 3,6
Direkte Steuern	+ 8,6	+ 5,5	+ 6,3	+ 4,4
Beiträge zur sozialen Sicherheit	+ 7,1	+ 6,4	+ 4,6	+ 3,5
Indirekte Steuern	+ 6,9	+ 5,2	+ 3,7	+ 3,6
Laufende Ausgaben	+ 8,0	+ 6,2	+ 4,7	+ 3,4
Öffentlicher Konsum	+ 7,5	+ 5,7	+ 4,5	+ 3,7
Zinsen für die Staatsschuld	+14,4	+ 9,4	+ 3,5	+ 3,1
Sozialtransfers	+ 7,6	+ 5,8	+ 5,5	+ 3,3
In % des BIP				
Primärsaldo	0,3	0,5	0,6	2,1
Finanzierungssaldo	- 2,7	- 3,4	- 3,6	- 1,8

binnen zweier Jahre von 5,1% des BIP im Jahr 1995 auf 1,9% des BIP (1997) zu senken und damit auch das im Maastricht-Vertrag festgelegte 3%-Kriterium zu unterschreiten.

Für den Zeitraum bis 2002 wird die für 2000 geplante Steuerreform nicht in Rechnung gestellt, da zum Zeitpunkt der Prognoseerstellung im Detail nicht abzusehen war, wie sie ausgestaltet sein würde. Das WIFO wird nach Vorliegen des beschlossenen Gesetzes eine quantitative Bewertung der Auswirkungen der Steuerreform auf Basis dieser Prognose vornehmen. Das „Familienpaket“ – aufgrund einer Entscheidung des Verfassungsgerichtshofs wird mit 1. Jänner 1999 die Familienbesteuerung geändert – ist in der Prognose berücksichtigt. Es erhöht das verfügbare Nettoeinkommen der privaten Haushalte 1999 um 6 Mrd. S und ab 2000 jährlich um 12 Mrd. S. Vielfach wird das Familienpaket als Vorleistung auf die Steuerreform 2000 angesehen.

Unter Beibehaltung der geltenden gesetzlichen Festlegungen und Pläne hinsichtlich der öffentlichen Einnahmen und Ausgaben würde sich aufgrund der prognostizierten Wirtschaftsentwicklung für den Staatshaushalt folgendes Bild ergeben (Übersicht 1):

- Nachdem die laufenden Einnahmen des Staates in der vorangegangenen Sechsjahresperiode langsamer gestiegen sind als die laufenden Ausgaben, kehrt sich die Wachstumsdifferenz nun um: Die Einnahmen wachsen rascher als die Ausgaben; zugleich verlangsamte sich die Expansion beider Aggregate.
- Die stark steigende Zinsbelastung wurde seit geraumer Zeit durch kontinuierlich wachsende Primärüberschüsse im Staatshaushalt (Neuverschuldung ohne Zinszahlungen) teilweise kompensiert. Kräftig erhöhte sich der positive Primärsaldo infolge des „Sparpakets“. Er dürfte im Zeitraum 1997/2002 im Durchschnitt etwa 2% des BIP ausmachen.
- Der Finanzierungssaldo des Staates (im Sinne des Maastricht-Vertrags) verharrt gemäß dieser Prognose zunächst (1998 und 1999) bei einem Defizit von rund

Übersicht 2: Leistungsbilanz

	Ø 1979/ 1985	Ø 1985/ 1991	Ø 1991/ 1997	Ø 1997/ 2002
	Jährliche Veränderung in %			
Exporte				
Waren laut WIFO	+ 9,4	+ 4,9	+ 6,5	+ 8,7
Reiseverkehr	+ 5,6	+ 7,1	- 0,4	+ 4,5
Importe				
Waren laut WIFO	+ 8,0	+ 5,4	+ 4,2	+ 8,0
Reiseverkehr	+ 6,0	+ 6,4	+ 7,9	+ 2,7
	Mrd. S			
Handelsbilanz laut WIFO	-73,8	-78,7	-87,1	-44,1
Reiseverkehrsbilanz	43,9	51,2	40,4	32,0
Transferbilanz laut Außenhandelsstatistik	1,1	- 0,7	-18,2	-35,7
Leistungsbilanz	- 6,3	2,6	-27,3	-27,4
In % des BIP	- 0,6	0,1	- 1,1	- 1,0

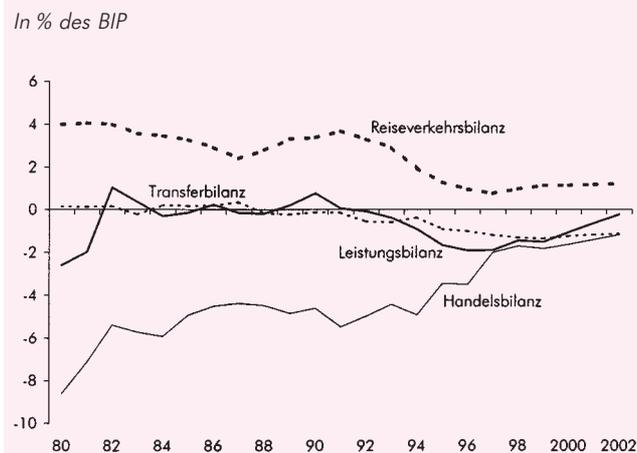
2% des BIP und sinkt in den folgenden Jahren – sofern am Konsolidierungskurs festgehalten wird – unter 1½%. Er wird im Durchschnitt der Prognoseperiode mit -1,8% des BIP nur halb so hoch sein wie im Zeitraum 1991/1997. Auch die Staatsschuldenquote wird sich weiter verringern, jedoch nicht bis auf die Marke von 60% des BIP. Voraussichtlich wird die Steuerreform vorübergehend einer Verbesserung des Staatsdefizits entgegenwirken. Nach Beschluß der geplanten Steuerreform wird erneut zu prüfen sein, ob die Voraussetzungen für die Erfüllung des Stabilitätspaktes (dieser sieht längerfristig ein im Durchschnitt ausgeglichenes Staatsbudget vor) gegeben sind und welche Maßnahmen (etwa auch die Struktur der Ausgaben betreffend) auf mittlere Sicht gesetzt werden müßten, um dieses Ziel zu erreichen. Breuss (1998) hat die Frage der Nachhaltigkeit der fiskalischen Kriterien in der 3. Stufe der WWU analysiert.

GUTE WETTBEWERBSPOSITION INNERHALB DER WWU VERBESSERT ÖSTERREICHS CHANCEN IM AUSSENHANDEL

Mit der Globalisierung und der wachsenden Integration in Europa verdichtet sich die außenwirtschaftliche Verflechtung der einzelnen Staaten im Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr. Ein Schritthalten mit dieser dynamischen Entwicklung erfordert nicht nur die Wahrung und Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit auf Unternehmensebene, sondern auch eine permanente Umgestaltung wirtschaftspolitischer Rahmenbedingungen zur Sicherung und Verbesserung des nationalen Wirtschaftsstandorts (siehe dazu *Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten*, 1998).

Österreichs Warenverkehr mit dem Ausland erlitt in der ersten Hälfte der neunziger Jahre infolge der Wechselkurskrisen in Europa spürbare Einbußen. Vor allem durch die Werterhöhung des Schillings stiegen die Lohnstückkosten der Industrie in einheitlicher Währung im Vergleich zum Durchschnitt der Handelspartner zwischen 1991 und 1995 um 5,7%. Dieser Nachteil wurde

Abbildung 3: Außenwirtschaftliche Bilanz



in den folgenden zwei Jahren durch einen relativen Rückgang um 7% mehr als wettgemacht (Guger, 1998).

Österreich hat gute Voraussetzungen, als Teilnehmer an der WWU seine Wettbewerbsposition behaupten zu können. Nach Breuss (in *Baumgartner et al.*, 1997, S. 39-96) werden in der WWU die früheren Hartwährungsländer gegenüber den früheren Weichwährungsländern Vorteile haben, weil einerseits die Nachteile der Wechselkursveränderungen wegfallen und andererseits erstere mehr Erfahrung mit wettbewerbsorientierter Lohn- und Preisbildung haben.

Neben der Vertiefung seiner Handelsbeziehungen innerhalb der EU (der intraindustrielle Handel wird weiter an Bedeutung gewinnen) erwartet Österreich auch eine weiterhin erfolgreiche Entwicklung des Warenaustausches mit den Staaten Osteuropas. Nach *Stankovsky* (1998) könnte deren Anteil am österreichischen Export von derzeit 15½% bis zum Jahr 2005 auf über knapp 20% steigen. Diese günstige Beurteilung sollte über Strukturschwächen des österreichischen Außenhandels nicht hinwegtäuschen: Österreichs Warenexport weist im Vergleich mit den OECD-Ländern eine „Technologielücke“ auf (*Hutschenreiter – Peneder*, 1997).

Bis zum Jahr 2002 dürften die Warenexporte im Durchschnitt pro Jahr real um rund 7½% wachsen (Übersicht 2). Die hauptsächlich aus der Gesamtnachfrage abgeleitete Importnachfrage könnte etwas hinter der Dynamik der Exportausweitung zurückbleiben. Unter der Annahme einer mäßigen Terms-of-Trade-Verbesserung geht das Defizit der Handelsbilanz weiter zurück (auf rund 40 Mrd. S).

Nachdem der Überschuß der Reiseverkehrsbilanz 1997 auf den tiefsten Wert seit 1970 gesunken ist, zeichnet sich seither eine Erholung ab. Der Wegfall der Wechselkursschwankungen in Europa, eine Erholung des Vertrauens und der Kaufkraft der Konsumenten und die Behebung von Strukturmängeln in der österreichischen Tourismuswirtschaft lassen für die nächsten Jahre wieder

Übersicht 3: Komponenten der realen Nachfrage

	Ø 1979/ 1985	Ø 1985/ 1991	Ø 1991/ 1997	Ø 1997/ 2002
Jährliche Veränderung in %				
Privater Konsum	+ 1,7	+ 3,1	+ 1,8	+ 2,0
Öffentlicher Konsum	+ 1,8	+ 1,3	+ 0,6	+ 1,4
Bruttoanlageinvestitionen	+ 0,4	+ 5,5	+ 2,1	+ 4,0
Privat	+ 0,9	+ 6,2	+ 2,9	+ 4,3
Öffentlich	- 1,7	+ 1,5	- 6,2	+ 0,6
Inländische Endnachfrage	+ 1,4	+ 3,3	+ 1,7	+ 2,4
Lagerveränderung und Statistische Differenz	Mrd. S 19,7	12,2	7,6	38,3
Verfügbares Güter- und Leistungsvolumen	+ 1,2	+ 3,1	+ 1,9	+ 2,5
Exporte i. w. S.	+ 4,8	+ 5,9	+ 4,8	+ 6,2
Waren laut WIFO	+ 5,9	+ 5,6	+ 6,2	+ 7,4
Reiseverkehr	+ 0,8	+ 4,9	- 3,6	+ 2,7
Importe i. w. S.	+ 3,7	+ 5,8	+ 5,2	+ 5,8
Waren laut WIFO	+ 3,3	+ 6,1	+ 3,9	+ 6,9
Reiseverkehr	+ 1,4	+ 3,8	+ 5,8	+ 0,7
Außenbeitrag				
Wachstumsbeitrag	in Prozentpunkten 0,4	0,1	- 0,2	0,3
Bruttoinlandsprodukt				
Nominell	+ 6,4	+ 6,0	+ 4,4	+ 4,3

eine reale Ausweitung der Reiseverkehrseinnahmen um 2,7% pro Jahr erwarten. Die Reiseverkehrsausgaben der Österreicher dürften erst ab 2000 real wieder zunehmen (um rund 2½% jährlich im Durchschnitt; zur längerfristigen Entwicklung des Tourismus siehe *Smeral et al.*, 1998).

Der Außenbeitrag zum BIP-Wachstum wird im Durchschnitt des Zeitraums 1997/2002 rund ¼% betragen, gegenüber einem leicht negativen Außenbeitrag zwischen 1991 und 1997.

Der Nettoabfluß in der Transferbilanz erreicht gut 30 Mrd. S, rund die Hälfte davon entfällt auf Nettozahlungen an die EU. Die Entwicklung von Handels- und Dienstleistungsbilanz bestimmt die erhebliche Verbesserung der Leistungsbilanz im Laufe des Prognosezeitraums; bis 2002 scheint ein Rückgang des Defizits auf etwa ¼% des BIP möglich.

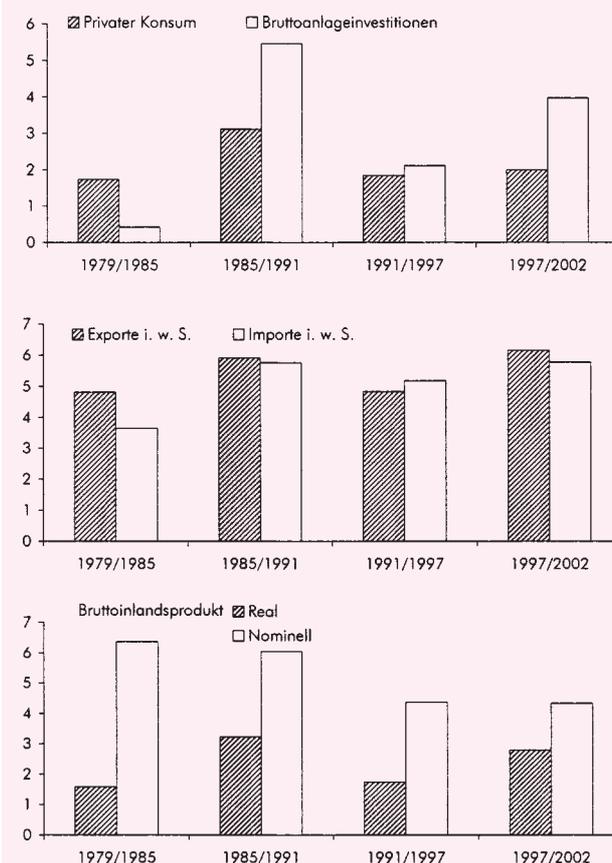
In der internationalen Verflechtung gewinnen Direktinvestitionen (Unternehmensneugründungen, -übernahmen und -konzentration, Beteiligungen und Produktionsverlagerungen) an Bedeutung. Zum einen ließ die Ostöffnung die Direktinvestitionen Österreichs im Ausland sprunghaft steigen (1997 rund 23 Mrd. S), zum anderen wurde Österreich mit dem EU-Beitritt für ausländische Investoren erheblich attraktiver (1997 flossen rund 30 Mrd. S für Direktinvestitionen ins Land).

FESTIGUNG DER INLÄNDISCHEN NACHFRAGE

Die inländische Nachfrage wird im Prognosezeitraum vom kräftiger und gleichmäßiger wachsenden privaten Konsum getragen. Das Vertrauen der Konsumenten hat sich verbessert. Die Entwicklung der verfügbaren Realeinkommen der privaten Haushalte wird es – gemäß der

Abbildung 4: Reale Nachfrage und nominelles Bruttoinlandsprodukt

Durchschnittliche jährliche Veränderung in %



ökonomischen Konsumfunktion mit Fehlerkorrekturmechanismus – erlauben, die Sparquote allmählich an ihren längerfristigen Gleichgewichtswert heranzuführen. In der Phase der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte 1996/97 stagnierten die Realeinkommen, und die Sparquote sank um 2,4 Prozentpunkte auf 7,4% (1994 hatte sie noch 10% betragen). Bis 2002 könnte sie – bei einem durchschnittlichen realen Konsumwachstum von 2% pro Jahr – auf rund 9½% aufgestockt werden (Übersicht 3).

Rationalisierung, Implementierung neuer Technologien, aber auch Kapazitätserweiterungen werden weiterhin die Investitionstätigkeit bestimmen. Die Absatzerwartungen, die Gewinnentwicklung und anhaltend niedrige Zinsen schaffen dafür günstige Voraussetzungen. Auch Investoren aus dem Ausland werden positive Impulse setzen. Mit durchschnittlich +4% pro Jahr wachsen die Bruttoanlageinvestitionen bis 2002 etwa doppelt so rasch wie im Zeitraum 1991/1997. Die Ausrüstungsinvestitionen werden sich (mit etwa +6%) erheblich dynamischer entwickeln als die Bauinvestitionen (+2%). Vor allem der Wohnungsneubau, der wegen des Angebotsüberhangs in den nächsten Jahren noch schrumpfen wird, drückt die Prognose für die Bauwirtschaft. Der Sanierungsbau

Übersicht 4: Arbeitsmarkt, Einkommen

	Ø 1979/ 1985	Ø 1985/ 1991	Ø 1991/ 1997	Ø 1997/ 2002
Jährliche Veränderung in %				
Unselbständig Beschäftigte	- 0,0	+ 1,4	+ 0,3	+ 0,8
Summe Wirtschaftsklassen ¹⁾	- 0,0	+ 1,4	+ 0,2	+ 0,9
Arbeitslose	+16,2	+ 4,8	+ 3,9	- 2,1
Arbeitslosenquote				
Laut Eurostat				
In % der Erwerbspersonen	3,2	3,4	4,1	4,2
Laut Arbeitsmarktstatistik				
In % der unselbständigen Erwerbspersonen	3,6	5,4	6,7	6,8
In % der Erwerbspersonen	3,1	4,7	6,0	6,1
Gesamtwirtschaftliche Produktivität	+ 1,9	+ 2,2	+ 1,8	+ 2,0
Lohn- und Gehaltssumme ²⁾				
Je Beschäftigten ¹⁾	+ 6,1	+ 4,8	+ 3,2	+ 2,8
Lohnstückkosten Gesamtwirtschaft	+ 4,4	+ 2,9	+ 1,6	+ 0,9
Unternehmereinkommen und unverteilter Gewinne				
	+ 6,7	+ 7,4	+ 5,2	+ 4,8
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte				
	+ 6,2	+ 6,3	+ 3,6	+ 3,8
Sparquote				
in %	9,4	11,5	9,0	9,0

¹⁾ Ohne Präsenzdiener und Bezieher von Karenzurlaubsgeld. - ²⁾ Brutto, ohne Arbeitgeberbeiträge.

dürfte bis 1999 florieren (Möglichkeit zur steuerbegünstigten Auflösung von Mietzinsreserven verlängert).

Der *Beirat* (1998) hat sich in einer Studie mit dem Konzept der Public Private Partnerships befaßt: Kooperationsformen zwischen öffentlichen Institutionen und privaten Unternehmen zum Zweck der Entwicklung, Finanzierung und Errichtung von Infrastruktureinrichtungen unter dem Prinzip der Risikoteilung. Mittelfristige Bedarfsprognosen schätzen das potentielle Volumen von Infrastrukturinvestitionen in Österreich (Schiene, Straße, kommunale Ver- und Entsorgungseinrichtungen) für die nächsten 10 bis 15 Jahre auf rund 520 bis 610 Mrd. S.

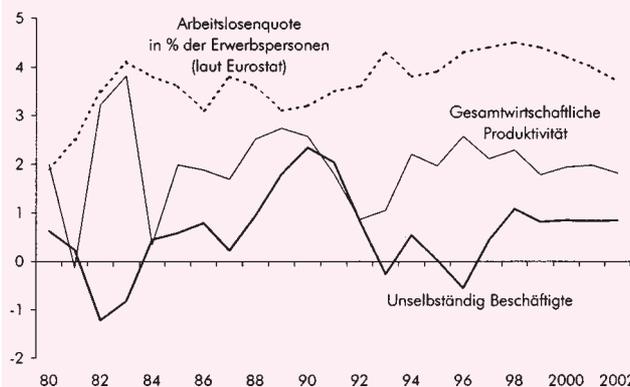
Aus den Komponenten der Nachfrage resultiert im Durchschnitt des Prognosezeitraums eine Zunahme des realen BIP um 2,8% pro Jahr; das bedeutet eine Beschleunigung um 1 Prozentpunkt gegenüber der Sechsjahresperiode zuvor. Die höchste Zuwachsrate wird 1998 erreicht, 1999 folgt eine Wachstumsabschwächung und danach eine Erholung. (Der Wachstumsvorsprung von 0,3 Prozentpunkten gegenüber dem EU-15-Durchschnitt wird weitgehend 1998 gewonnen.) Die Zunahme des Produktionspotentials wird auf etwa 2½% pro Jahr geschätzt; die gesamtwirtschaftliche Produktion wird im Laufe der Prognoseperiode das Potential nicht ausschöpfen, da Sachkapital laufend aufgestockt wird und hinreichende Humanressourcen verfügbar sind.

ENTSPANNUNG AUF DEM ARBEITSMARKT, ARBEITSLÖSENQUOTE SINKT LANGSAM

Dem höheren durchschnittlichen Wirtschaftswachstum entsprechend werden auch Arbeitsproduktivität und Beschäftigung rascher zunehmen als im Zeitraum 1991/1997. Auf dem Arbeitsmarkt ist in den letzten Jahren ein Flexibilisierungsprozeß in Gang gekommen, sowohl

Abbildung 5: Entwicklung des Arbeitsmarktes

Veränderung gegen das Vorjahr in %



Teilzeitbeschäftigung als auch geringfügige Beschäftigungsverhältnisse haben stark zugenommen: 1997 waren im Jahresdurchschnitt 14% der unselbständig Erwerbstätigen teilzeitbeschäftigt, und es bestanden 165.000 geringfügige Beschäftigungsverhältnisse. Neue Arbeitsplätze (insbesondere Teilzeitarbeitsplätze) wurden überwiegend durch Neueintritte in den Arbeitsmarkt und nicht mit Arbeitslosen besetzt. Daher ging trotz Ausweitung der Beschäftigung die Arbeitslosigkeit kaum zurück.

Die Maßnahmen des Nationalen Aktionsplans für Beschäftigung (NAP) (*Nationaler Aktionsplan*, 1998) sollen Strukturschwächen des Arbeitsmarktes verringern. Vorgesehen sind die Förderung neuer Berufschancen in innovativen Dienstleistungsbereichen, verstärkte Aus- und Weiterbildung, Erhöhung des Anteils der Selbständigen und eine Verbesserung der technischen Infrastruktur.

Bei einer durchschnittlichen Zunahme der Beschäftigtenzahl um 0,9% pro Jahr und unterstützt durch Maßnahmen des NAP sollten verstärkt Arbeitslose in den Arbeitsprozeß integriert werden können. Die in der Prognose bis 2002 vorgesehene Ausweitung der unselbständigen Beschäftigung um rund 100.000 Personen, die Verringerung der Zahl der Arbeitslosen um rund 30.000 und die Senkung der Arbeitslosenquote um 1 Prozentpunkt stimmen mit den Zielvorstellungen des NAP überein.

Die Annahme über die Entwicklung der Zahl der Erwerbspersonen ist mit der langfristigen Prognose des Arbeitskräfteangebotes von WIFO und ÖSTAT (*Biffi – Hanika*, 1998) konsistent.

REALLOHNSTEIGERUNGEN BLEIBEN HINTER PRODUKTIVITÄTZWACHSTUM ZURÜCK

In Österreich ist die Einkommenspolitik traditionell makroökonomisch ausgerichtet. Freilich haben sich die Schwerpunkte im Laufe der Zeit verschoben. Die Lohnpolitik versucht sowohl auf die Erhaltung der Kaufkraft der Arbeitnehmer als auch auf die Wettbewerbsfähigkeit

der österreichischen Wirtschaft Bedacht zu nehmen. Mit zunehmender Arbeitslosigkeit und daraus folgender Schwächung der Position der Arbeitnehmer wird die Lage auf dem Arbeitsmarkt stärker berücksichtigt. Daher bleiben seit geraumer Zeit die Reallohnsteigerungen hinter den Produktivitätsverbesserungen zurück (Marterbauer, 1998, S. 14).

Für den Prognosezeitraum muß die Fortsetzung dieser Tendenz unterstellt werden. Die Realloohnerhöhungen betragen im Durchschnitt 1,5% pro Jahr, die Produktivität je unselbständig Beschäftigten steigt jedoch im Durchschnitt um 1,9%. Die bereinigte Lohnquote vermindert sich daher weiter (von 1997 bis 2002 um 1 Prozentpunkt).

STABILE PREISENTWICKLUNG

Der Verfall der Rohöl- und Rohwarenpreise, stagnierende Lohnstückkosten und hoher Wettbewerbsdruck haben praktisch Preisstabilität herbeigeführt. Die Inflationsrate verzeichnet, gemessen am Verbraucherpreisindex, einen seit Mitte der fünfziger Jahre nicht mehr erreichten Tiefpunkt. In den nächsten Jahren dürften die Rohstoffpreise wie die Lohnstückkosten nur mäßig steigen. Bei anhaltendem Wettbewerbsdruck bleibt daher wenig Spielraum für Preiserhöhungen, die – bezogen auf den Deflator des privaten Konsums – im Durchschnitt etwa 1¼% pro Jahr ausmachen könnten. Die ausgewiesene Inflationsrate überzeichnet zum Teil die tatsächlichen Preissteigerungen, da sie Qualitätsverbesserungen nicht berücksichtigen kann.

UNSIKERHEITEN UND RISKEN DER PROGNOSE¹⁾

Unter den eingangs erläuterten Annahmen ergibt sich eine zufriedenstellende gesamtwirtschaftliche Perspektive auf mittlere Sicht.

Diese Perspektive würde beeinträchtigt, wenn die Annahmen über die internationalen Rahmenbedingungen nicht eintreffen sollten. Vor allem aber sollte nicht übersehen werden, daß eine solche gesamtwirtschaftliche Entwicklung ohne Strukturverbesserungen und ohne Verbesserung des Zusammenspiels der europäischen Wirtschaftspolitik beeinträchtigt würde. Die hier entwickelte Perspektive auf einen Rückgang der Budgetdefizite etwa ist kein Automatismus, sondern setzt annahmegemäß erhebliche Anstrengungen um Strukturverbesserungen im öffentlichen Dienst voraus. Ebenso kann auch mit Ver-

¹⁾ Nach Überlegungen der OECD könnte der Eintritt in das Jahr 2000 eine weitere Unsicherheit bringen. Die (potentiellen) Probleme von Computerprogrammen, die Jahreszahl 2000 zu verarbeiten, könnten die wirtschaftlichen Abläufe erheblich stören und – so die Schätzungen – in den Jahren 2000 und 2001 Wachstumseinbußen von 0,3 bis 1,1 Prozentpunkten nach sich ziehen („Millennium bug“; OECD, 1998).

Übersicht 5: Deflatoren

	Ø 1979/ 1985	Ø 1985/ 1991	Ø 1991/ 1997	Ø 1997/ 2002
	Jährliche Veränderung in %			
Privater Konsum	+ 5,3	+ 2,2	+ 2,8	+ 1,3
Öffentlicher Konsum	+ 5,5	+ 4,3	+ 3,8	+ 2,2
Bruttoanlageinvestitionen	+ 4,5	+ 2,4	+ 2,0	+ 1,7
Exporte i. w. S.	+ 3,8	+ 0,2	+ 0,6	+ 1,2
Waren	+ 3,3	- 0,6	+ 0,2	+ 1,3
Reiseverkehr	+ 4,8	+ 2,1	+ 3,2	+ 1,8
Importe i. w. S.	+ 4,6	+ 0,1	+ 0,8	+ 0,8
Waren	+ 4,5	- 0,6	+ 0,3	+ 1,0
Reiseverkehr	+ 4,5	+ 2,5	+ 1,9	+ 1,9
Bruttoinlandsprodukt	+ 4,7	+ 2,7	+ 2,6	+ 1,5
Terms of Trade				
Waren und Dienstleistungen	- 0,8	+ 0,1	- 0,3	+ 0,4
Warenverkehr	- 1,2	- 0,0	- 0,1	+ 0,3

besserungen auf dem Arbeitsmarkt nicht gerechnet werden, wenn nicht gezielte Maßnahmen – insbesondere auch solche der aktiven Arbeitsmarktpolitik – verstärkt und effizienter als bisher eingesetzt werden.

LITERATURHINWEISE

Baumgartner, J., Breuss, F., Kramer, H., Walterskirchen, E., Auswirkungen der Wirtschafts- und Währungsunion, WIFO, Wien, 1997.

Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen, „Innovative Kooperation für eine leistungsfähige Infrastruktur“, 1998, (75).

Biffl, G., Hanika, A., „Langfristige Prognose des Arbeitskräfteangebotes. Vorausschätzung 1996/2030 und Modellrechnung bis 2050 nach Bundesländern“, WIFO-Monatsberichte, 1998, 71(6), S. 399-414.

Breuss, F., „Sustainability of the Fiscal Criteria in Stage III of the EMU“, IFE Working Paper, 1998, (29).

Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten, Sektion Wirtschaftspolitik, Wirtschaftsstandort Österreich – Rahmenbedingungen im Umbruch, Wien, 1998.

Guger, A., „1997 kräftiger Rückgang der relativen Lohn- und Lohnstückkosten der Industrie“, WIFO-Monatsberichte, 1998, 71(9), S. 609-616.

Hutschenreiter, G., Peneder, M., „Österreichs ‚Technologielücke‘ im Außenhandel“, WIFO-Monatsberichte, 1997, 70(2), S. 103-114.

Kramer, H., „Aspects of European Economic and Monetary Union“, Austrian Economic Quarterly, 1998, 3(3), S. 131-136.

Marterbauer, M., „Post-Keynesian Economic Policy in Austria and Sweden. The Employment Record in a Changing International Environment“, WIFO Working Papers, 1998, (107).

Nationaler Aktionsplan für Beschäftigung Österreich, Bundesministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales, Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten, Wien, 1998.

OECD, „The Year 2000: Impacts and Actions“, PUMA, 1998, (98) 10.

ÖSTAT, „Österreichs Volkseinkommen 1997“, Schnellbericht, 1998.

Schulmeister, St., „Finanzmarkturbulenzen beeinträchtigen internationale Wachstumsdynamik. Mittelfristige Prognose der Weltwirtschaft bis 2002“, in diesem Heft.

Smeral, E., Weber, A., Auer, W., Fuchs, M., Peters, M., Zukunftstrends im internationalen Tourismus. Die Freizeit- und Informationsgesellschaft an der Schwelle des 21. Jahrhunderts, Studie des WIFO im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten, Wien, 1998.

Stankovsky, J., „Österreichs Osthandel seit der Wende 1989“, WIFO-Monatsberichte, 1998, 71(10), S. 665-678.

Url, Th., „Die Kosten des Paktes für Stabilität und Wachstum“, WIFO-Monatsberichte, 1997, 70(6), S. 373-383.

Walterskirchen, E., „Hohes Wirtschaftswachstum 1998, aber 1999 zunehmende Risiken. Prognose für 1998 und 1999“, WIFO-Monatsberichte, 1998, 71(10), S. 643-651.

WIFO, „Schwerpunkt EU-Osterweiterung“, WIFO-Monatsberichte, 1998, 71(11), S. 719-803.

Austrian Economy Prepared for EMU

Medium-term Projection for the Austrian Economy until 2002 – Summary

A stronger international competitive position and brisk domestic demand will have a positive impact on the Austrian economy in the next years. Assuming that the international financial crisis will be temporary in its detrimental effect and that the public budget consolidation policy will continue, there are no obstacles to the achievement of stable growth. In 1997-2002, GDP will grow by 2.75 percent p.a. on average, which is slightly above the EU average rate.

Growth of the Austrian economy has accelerated since 1996. The dynamic development is likely to be temporarily stayed by the effects of turbulences on the international financial markets. After a slight slowdown in 1999, total economic production will once again expand strongly.

As a result of production expansion and measures under the National Action Plan for Employment, some 100,000 additional jobs could be created in the projection period. Unemployment should decline by about 1 percentage point (from 7.2 percent to 6.2 percent of the dependently employed in line with the traditional definition; from 4.4 percent to 3.7 percent in accordance with the EU definition).

The external sector will make a positive contribution to growth of 0.25 percent of GDP on average. Improved terms of trade and an upswing of the domestic tourism

industry will provide for a noticeable reduction of the current account deficit over the next years.

In the projection period domestic demand is supported by strong and steadily growing private consumption (+2 percent p.a. in real terms on average). Consumer confidence has improved. As a consequence of the growth of disposable real income of private households, the personal savings ratio will gradually be returned to its long-term equilibrium value.

At an average growth of 4 percent p.a., gross fixed capital formation up to 2002 will rise at double the pace of 1991-1997. Plant and equipment expenditure will develop more dynamically, while building investments will grow moderately as a consequence of the redimensioning process in residential housing construction.

Neither import prices nor unit labor cost are expected to make for any upward trend of prices domestically, and sustained competitive pressure effectively restricts price increases, so that prices will remain stable. The average rate of inflation will be 1.25 percent p.a.

According to the projection (which does not consider the plans for tax reform), budget consolidation will continue in 2000, after a hiatus in 1999. The deficit will be less than 1.5 percent of GDP, government debt, on the other hand, will not decline below 60 percent of GDP.